

Von: Pötschacher Paul
Gesendet: Dienstag, 3. Juni 2008 14:38
An: *SK_HK Kommunikation
Betreff: APA: Breite Allianz gegen eigentumsrechtliche Trennung der Energiekonzerne
APA0520 5 WI 0580 II Di, 03.Jun 2008

Energie/Strom/Gas/Wettbewerb/Gewerkschaften/Bartenstein/EU

Breite Allianz gegen eigentumsrechtliche Trennung der Energiekonzerne

Utl.: Gewerkschaften unterstützen Bartensteins Position für einen "dritten Weg" - E-Wirtschaft plädiert für Kompromiss =

Wien (APA) - Unterstützung von Gewerkschaften und Unternehmen erhält Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein (V) in der Frage der von der EU geplanten Entflechtung der Energiekonzerne: Die heimischen Energiegewerkschaften erklärten heute, Montag, in einer "öffentlichen Konferenz" vor dem Wirtschaftsministerium in Wien die österreichische Position, den sogenannten "dritten Weg", zu unterstützen. Alle politischen Akteure seien aufgefordert, beim Treffen der EU-Energieminister am 6. Juni mit Nachdruck gegen eine eigentumsrechtliche Entflechtung aufzutreten.

Die Energieversorgungsunternehmen appellieren ebenfalls an den Wirtschaftsminister, weiterhin für eine Alternative zur eigentumsrechtlichen Entflechtung aufzutreten.

Teilgenommen haben nach Gewerkschaftsangaben rund 500 Arbeitnehmervertreter aus ganz Österreich. Übergeben wurde dem Wirtschaftsminister dabei eine Petition, um seine Verhandlungsposition bei der Energieministertagung zu stärken. Der Minister bedankte sich bei den Gewerkschaftern für die Unterstützung der österreichischen Position und betonte, dass sich die blockierende Minderheit auch durch "Dirty Deals" nicht aufbrechen lasse.

Die Gewerkschaften (GPA-DJP, GdG und GMTN) sprechen sich sowohl gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung ("Ownership Unbundling") als auch gegen das Konzept des unabhängigen Netzbetreibers aus, weil damit ein gesamter Wirtschaftszweig mehr oder weniger enteignet werde. Beide Varianten seien abzulehnen, denn es müsse die verfassungsrechtlich abgesicherte öffentliche Mehrheit an Energieversorgern erhalten bleiben.

Als weitere Gründe für die Ablehnung nennen die Gewerkschaften unter anderem, dass mit eigentumsrechtlicher Entflechtung von Produktion und Vertrieb die Substanzerhaltung von Infrastruktur und damit die langfristige Versorgungssicherheit nicht gewährleistet sei. Das eigentumsrechtliche "Unbundling" verstärke die Oligopolbildung bis hin zur Privatisierung der Unternehmen, befürchten die Gewerkschafter. Eine weitergehende Entflechtung würde schließlich auch erhebliche Mehrkosten bringen, die letztlich die Konsumenten - Industrie und Haushalte - zu tragen hätten.

Liberalisierung und Entflechtung seien bisher jeden Beweis schuldig geblieben, dass sie einen brauchbaren Beitrag zur langfristigen Versorgungssicherheit leisteten, so Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG). Erich Foglar,

Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) wies darauf hin, dass seit Beginn der Liberalisierung der Elektrizitätsversorger in Österreich bereits 25 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut worden seien: "Die Grenzen eines Personalabbaus sind längst überschritten." "Die Interessen der Beschäftigten dürfen nicht am Altar des Wettbewerbs geopfert werden", sagte Wolfgang Katzian, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP). Die gesellschaftsrechtliche Trennung ("Legal Unbundling") biete ausreichend Transparenz für Kontrolle und rechtliche Möglichkeiten für Regulator und Kartellbehörde bei festgestelltem Missbrauch, so die Gewerkschaften.

Der Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ) unterstütze klar die Forderungen der Gewerkschaften nach einem "dritten Weg", Arbeitgeber und Arbeitnehmer verfolgten hier ein gemeinsames Ziel, heißt es in einer Pressemitteilung. VEÖ-Präsident und Energie-AG-Oberösterreich-Generaldirektor Leo Windtner erklärte, dazu: "Ownership-Unbundling gefährdet die Versorgungssicherheit, bringt keine Vorteile für die Stromkunden und widerspricht klar österreichischen Gesetzen."

Österreichs E-Wirtschaft sei im Interesse einer Kompromisslösung durchaus bereit, eine striktere organisatorische Trennung und eine entsprechende Beobachtung des Markts zu akzeptieren. Sollte Brüssel auf der eigentumsrechtlichen Trennung beharren und dies zu nationalem Recht werden, werde man dagegen rechtliche Schritte ergreifen, weil damit ein gesamter Wirtschaftszweig mehr oder weniger enteignet würde, so Windtner.

Der von der EU-Kommission jetzt vorgeschlagene "Independent Transmission Operator" (ITO) scheine aus Sicht der österreichischen E-Wirtschaft ein grundsätzlich denkbarer Kompromiss, weil er wie bisher vertikal integrierte Unternehmen weiterhin zulässt. Allerdings enthielten die dort vorgeschlagenen Maßnahmen "die Gefahr einer bürokratischen Überregulierung".

Österreich, Deutschland, Frankreich und fünf weitere Länder favorisieren den sogenannten "dritten Weg", der vorsieht, dass Konzerne ihre Übertragungsnetze zwar behalten, aber keinen direkten Einfluss auf sie ausüben dürfen. Die acht Länder haben ausreichend Stimmen, um eine Entscheidung gegen ihren Willen zu blockieren, daher müssen Rat und Parlament einen Kompromiss finden.
(Schluss) itz/cs/wyk

APA0520 2008-06-03/14:36

031436 Jun 08